

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

4/2011
April 2011
28. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Gesundkost aus dem Allgäu	Seite 1
	Bundesverdienstmedaille für „Wetterfrosch“	Seite 2
	Suchtprävention durch Familie, Schule, Arbeitgeber und Staat	Seite 2
	Internet und die totale Herrschaft	Seite 3
	Wie viel Ethik gestattet sich die Medizin?	Seite 4
	2.200 Veranstaltungen beim Evangelischen Kirchentag in Dresden	Seite 5
	Freikirchen für Ausstieg aus der Atomkraft	Seite 6
	Präses Ansgar Hörsting neuer Präsident der VEF	Seite 7
	Die Freikirchen in der Weimarer Republik	Seite 8
	WebFish in Gold geht nach Hessen	Seite 11
International	1,3 Millionen US-Dollar Forschungszuschuss zur Multiple Sklerose Früherkennung	Seite 12
	Studie der Loma Linda Universität: Vegetarier leben gesünder	Seite 12
	Aus für Sonntags-Postzustellung in „Adventistenstadt“ Loma Linda	Seite 14
	Adventistische Kirche auf Seminargelände in Kuba eingeweiht	Seite 14
	Mitgliedsorganisationen von „Aktion Deutschland Hilft“ weiterhin in Haiti aktiv	Seite 15
Medien	Erweiterung bei TV iPhone App vom „Hope Channel“	Seite 16
Bibel	Schätze früher Buchdruckerkunst in Bibelgalerie Meersburg	Seite 17
	Die Bibel auf Platz eins im sozialen Netzwerk Facebook	Seite 18
Zeitgeschehen	Vor 65 Jahren bewahrte der Ort Friedensau die politische Eigenständigkeit	Seite 19
Buchrezension	Philipp Lehmann, „Marken-, Kennzeichen- und Namensrecht im Bereich der Religionsgemeinschaften“	Seite 20
	„Tradition in den Kirchen – Bindung, Kritik, Erneuerung“	Seite 21

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Holger Koch, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon +41-61-2616118
E-Mail: bodenmann@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 16,6 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 206 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.200 Mitglieder in 570 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Gesundkost aus dem Allgäu

Adventisten leisten mit „Bioherba“-Gruppe Beitrag zur gesunden Ernährung

Lüneburg, 26.04.2011/APD Als die Freikirche 2007 das „De-Vau-Ge-Gesundkostwerk“ in Lüneburg und „Milk-Snack Produktions“ in Tangermünde bei Stendal verkaufte, sei von diesem Eigentümerwechsel der Bereich Reformhaus und Naturkost nicht berührt worden, teilte Dr. Andreas Makowski, Geschäftsführer der „Bioherba“-Gruppe, in einem Artikel in der adventistischen Gemeindezeitschrift „adventisten heute“ mit. Dieser Bereich werde unter der Regie der Freikirche mit dem Namen „Bioherba“ weitergeführt.

Die „Bioherba“-Gruppe, ein Unternehmen der De-Vau-Ge-Stiftung, vertreibt vom heutigen Stammsitz in Heimertingen bei Memmingen (Bayern) ein großes Sortiment von Gesundkost- und Pharmaprodukten an Reformhäuser, Apotheken, Naturkostläden und auch größere Vollsortimenter (Supermärkte). Das Angebot umfasse laut Makowski etwa 1.500 Artikel, vom klassischen Bio-Müsli über Sojadrinks, vegetarische Pasteten bis hin zu Leinsamenprodukten und Nahrungsergänzungsmitteln sowie medizinischer Kosmetik. Die Produkte würden unter den altbekannten Marken „granoVita“, „EDEN“, „Nook“, „Martin Evers“, „Bruno Fischer“, „GranoVital“, „Linusit“ und „Bergland Pharma“ vertrieben.

Die Fachkompetenz des Unternehmens liege, so der Geschäftsführer, in der Herstellung gesunder Produkte. Diese müssten vollwertig, biologisch angebaut und naturbelassen sein. Alle Markenprodukte würden von Ernährungswissenschaftlern, Lebensmittelchemikern und Pharmazeuten ständig überprüft und weiterentwickelt. So könnten die vegetarischen Produkte garantiert dioxinfrei genannt werden.

Vom zweiten Standort des Unternehmens in Großbritannien werde auch der dortige Gesundkostmarkt bedient. Darüber hinaus würden die Produkte in alle europäischen Länder und sogar bis nach Asien und Kanada vertrieben, informierte Makowski. In enger Kooperation mit dem spanischen Schwesterunternehmen, der „granovita S.A.“, einem Unternehmen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Spanien, produziere die „Bioherba“-Gruppe Dosenprodukte, etwa vegetarische Pasteten, und könne über das spanische Unternehmen eine Vielzahl seiner Produkte, wie Leinsamenprodukte und Joghurts, verkaufen. In der „Bioherba“-Gruppe seien derzeit 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

(2.055 Zeichen)

Bundesverdienstmedaille für „Wetterfrosch“

Lüneburg, 26.04.2011/APD Für seinen ehrenamtlichen Dienst als „Wetterfrosch“ erhielt laut der Gemeindezeitschrift „adventisten heute“ Otto Starke aus Zwinge (Thüringen) im hohen Alter von 91 Jahren die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland. Starke begann 1968 seine Niederschlagsmessungen in seinem früher direkt an der innerdeutschen Grenze gelegenen Wohnort Zwinge für den Wetterdienst. Jeden Morgen um sieben Uhr stellte er fest, was der Himmel an Feuchtigkeit beschert hatte. Im Winter wurde die Schneehöhe gemessen. Diese Daten wurden einmal im Monat nach Potsdam übermittelt. 42 Jahre lang war Otto Starke in seiner ehrenamtlichen Funktion ein aufmerksamer Wetterbeobachter.

Jürgen Tremmel vom Deutschen Wetterdienst (Niederlassung Potsdam), der die Auszeichnung im Auftrag des Bundespräsidenten überreichte, brachte interessante Zahlen mit. So fielen im Zeitraum seit 1968 in Zwinge durchschnittlich 719 Liter Niederschlag pro Jahr und Quadratmeter. Der feuchteste Monat war der Oktober 1998 (184 Millimeter). Am trockensten war es im Februar 1972 und im Januar 1996. Da betrug die Niederschlagsmenge nur je zwei Millimeter. Neben einem Präsentkorb gab es noch eine besondere Überraschung – eine europäische Wetterkarte vom 14. März 1920. An diesem Tag erblickte der fleißige „Hilfsmeteorologe“ in Schlesien das Licht der Welt. Otto Starke ist Mitglied der adventistischen Gemeinde in Nordhausen. (1.261 Zeichen)

Suchtprävention durch Familie, Schule, Arbeitgeber und Staat

„Deutscher Alkoholpapst“ auch mit 90 Jahren unermüdlich

Friedensau bei Magdeburg, 26.04.2011/APD „Suchtprävention hat die Aufgabe, Nichtkonsumenten von Suchtmitteln und Menschen ohne Suchtverhalten zu stärken, Risikokonsumenten und Menschen mit Suchtverhalten frühzeitig zu erkennen, zur Konsumeinschränkung oder zur Konsumaufgabe und zur Verhaltensänderung zu motivieren.“ So definiert Professor Dr. med. Lothar Schmidt (Berlin) diesen Begriff in seinem Artikel „Suchtprävention“ in der Zeitschrift „Dialog“ der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg. Es gehe deshalb um die Förderung individueller Verhaltenskompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, aber auch um entsprechende Fortbildung von Bezugspersonen, die sich um Kinder und Jugendliche kümmern.

Die wichtigsten Arbeitsfelder für Suchtprävention seien die Ursprungsfamilie, Einrichtungen für Kinder, die Schule sowie der Ausbildungs- und Arbeitsplatz, so Schmidt. „Das Elternhaus ist der Lernort Nummer 1.“ Viele Kinder erlebten ihre erste Alkoholerfahrung im Elternhaus. Da Kinder im Kindergarten, in Kindertagesstätten und Kinderheimen von Erwachsenen betreut würden, seien diese zu schulen, die Kinder zu

positivem Verhalten anzuleiten. In der Schule gehörten neben sachlichen Informationen zur Suchtproblematik Hilfen zur Persönlichkeitsreifung, beispielsweise ein gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln und mit belastenden Gefühlen sinnvoll umzugehen.

Viele Betriebe hätten laut Professor Schmidt erkannt, dass zur Ausbildung nicht nur die Vermittlung von fachlichem Wissen und berufsspezifischen Erfahrungen, sondern auch Gesundheitserziehung gehöre. Bei diesen Informationen sollten nicht die negativen Folgen des Drogenmissbrauchs im Vordergrund stehen, sondern die Vorteile eines drogenfreien Lebens. Vorgesetzte müssten geschult werden, geeignete Schritte im Umgang mit suchtkranken und suchtgefährdeten Mitarbeitern durchzuführen und sie zu motivieren, Hilfen zur Verhaltensänderung anzunehmen. Auch der Staat habe zahlreiche Möglichkeiten, auf Risiken einzuwirken, die zur Entwicklung von Drogenabhängigkeit, von Suchtverhalten und den daraus entstehenden Folgen führten, so Schmidt in seinem Artikel. Das gelte vor allem auch für den Konsum legaler Drogen und das pathologische Glücksspiel. Eine entsprechend einschränkende Gesetzgebung gerate jedoch stets in das Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen.

Professor Dr. Lothar Schmidt feierte im Februar seinen 90. Geburtstag. Eine Berliner Tageszeitung nannte ihn, der sich seit mehr als 60 Jahren mit der Krankheit Alkoholismus beschäftigt, den „deutschen Alkoholpapst“. Der Siebenten-Tags-Adventist ist einer der Pioniere der Anonymen Alkoholiker in Deutschland, Mitbegründer des Fachverbandes Sucht und Autor von Standardwerken zum Thema Alkoholismus. Noch als 90-Jähriger ist er unermüdlich zu Vorträgen unterwegs. An der Theologischen Hochschule Friedensau leitet er das Institut für Sucht- und Abhängigkeitsfragen und ist Lehrbeauftragter für Sozialmedizin im Fachbereich Christliches Sozialwesen.

Schmidt studierte an der Humboldt-Universität Berlin Medizin und erstritt Anfang der 1960er Jahre die ersten Krankenhausbetten für Alkoholabhängige. Später half er beim Aufbau der Suchtklinik „Haus Niedersachsen“ des Advent-Wohlfahrtswerkes in Dedelstorf-Oerrel bei Wolfsburg, deren Chefarzt er auch war. Dort entwickelte er das damals revolutionäre 12-Wochen-Therapiekonzept, das er mit einem Therapeutenteam erfolgreich umsetzte. (3.159 Zeichen)

Internet und die totale Herrschaft

Lüneburg, 26.04.2011/APD Google verschafft den totalen Überblick, Facebook bringt die totale Vernetzung, Wikipedia bietet das totale Wissen, Wikileaks liefert die totale Enthüllung – greift das Internet nach der totalen Herrschaft? Wird uns das Internet irgendwann aus den Händen gleiten und uns beherrschen, unserer Freiheit berauben oder jegliche Privatsphäre zerstören? Ist das nur eine apokalyptische Vision, oder

könnte sie – in welcher Form auch immer – wahr werden? Um diese Fragen geht es unter anderem in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Zeichen der Zeit“.

Zwar sei das Internet noch durch Anarchie gekennzeichnet, „doch schon mehren sich die Stimmen, die eine strikte Regulierung verlangen – nicht zuletzt befeuert durch die Enthüllungen von Wikileaks“, meint Redakteur Thomas Lobitz. Daher gelte es, aufmerksam die Entwicklung zu verfolgen, damit das Internet nicht zum Herrschaftsinstrument „umgebaut“ werde.

Andere Themen des vierteljährlich in einer Auflage von 98.000 Exemplaren im Advent-Verlag Lüneburg erscheinenden Heftes sind die Suche nach Identität, Wege aus der Internetsucht und die Bedeutung von Ostern. Die Zeitschrift „Zeichen der Zeit“ ist auch im Internet bei www.advent-verlag.de unter „Periodika“ als PDF-Datei zu finden.

(1.112 Zeichen)

Wie viel Ethik gestattet sich die Medizin?

Fachtagung der Theologischen Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 26.04.2011/APD Die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg führt am 13. Mai die Fachtagung „Wie viel Ethik gestattet sich die Medizin? – Zur Kybernetik des Gesundheitssystems“ durch.

Zum Thema „Ethik als Steuerungsprinzip? – Zur Finanzierung des Gesundheitssystems“ spricht Bernd Quöß, Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“ (Berlin). Professor Dr. Dr. Klaus Dörner, Emeritus der Universität Witten/Herdecke, behandelt aus Sicht eines Psychiaters die Frage „Woran erkennen wir, dass Ethik in der Medizin eine Rolle spielt?“. Mit „Ethik in der Kinderonkologie“ befasst sich Professor Dr. Dr. Günter Henze, Klinikdirektor am Virchow Klinikum in Berlin. Professor Rainer Patjens von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (Stuttgart) sieht die „Ethik im juristischen Spannungsfeld der Medizin“. Rechtsanwalt Christoph von Mohl, Vorstand der Stiftung Vorsorgedatenbank (Dresden), stellt die „Patientenverfügung als Ausdrucksbekundung einer menschenwürdigen Medizin“ dar. Außerdem sprechen Professorin Dr. Dr. Silvia Hedenigg (Friedensau) über „Kommunikationskompetenz und Shared decision making als Ausdruck ethischer Handlungskompetenz“ und der Prorektor der Theologischen Hochschule und Dozent für Gesundheitswissenschaften, Dr. med. Edgar Voltmer, zum Thema „Behandlungsfehler als ethische Herausforderung“.

„Unser Gesundheitssystem wird maßgeblich von zwei Motivationsgrößen bestimmt: den biomedizinisch-technischen Fortschrittsbemühungen und der Finanzierbarkeit von

Gesundheit“, stellt Professorin Silvia Hedenigg, Studiengangsleiterin Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A.) im Fachbereich „Christliches Sozialwesen“ an der Theologischen Hochschule, fest. Bereits während der interdisziplinären Fachtagung der Hochschule „In Sorge um das Gesundheitssystem“ im Mai 2009 sei deutlich geworden, dass die entscheidenden Fragen im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems ethischer Natur seien. Bei der jetzigen Friedensauer Fachtagung gehe es darum, die komplexen Herausforderungen im Medizin- und Gesundheitssystem anders zu denken und wahrzunehmen. Hedenigg ist davon überzeugt: „Je vielfältiger, kontrastreicher, kreativer wir gemeinsam nach den Impulsen der Ethik für die Medizin fragen und unterschiedliche Disziplinen zur Sprache kommen, desto eher können wir Ethik in der Medizin auch mit erfinden und gestalten.“ Weitere Informationen zur Fachtagung sind per E-Mail unter sgm@thh-friedensau.de erhältlich.

(2.306 Zeichen)

2.200 Veranstaltungen beim Evangelischen Kirchentag in Dresden

Dresden, 26.04.2011/APD Der 33. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 1. bis 5. Juni in Dresden wird 2.200 Einzelveranstaltungen umfassen. An den geistlichen Angeboten, Vorträgen, Diskussionen, künstlerischen Beiträgen und Ausstellungen sind 35.000 Mitwirkende beteiligt. Das Motto des Kirchentages aus dem Matthäusevangelium „...da wird auch dein Herz sein“ schlägt sich in den Themenbereichen Theologie und Glaube, Gesellschaft und Politik sowie Welt und Umwelt nieder. Die Organisatoren erwarten rund 100.000 Teilnehmer.

Der Kirchentag sei eine „evangelische Zeitansage“, erklärte Kirchentagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt bei der Vorstellung des 640-seitigen Programmheftes. Es gelte, angesichts der Herausforderungen der Zeit den eigenen Glauben in Sprache zu fassen und in christlicher Verantwortung Position zu beziehen. Christen würden Werte jenseits wirtschaftlicher Steigerungsraten vertreten, über die insbesondere aufgrund der Ereignisse in Japan neu nachzudenken sei, so Göring-Eckhardt. In einer Diskussion mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen werde daher gefragt und gefordert: „Fukushima – das Ende der Atomenergie?!“

Die Generalsekretärin des Kirchentags, Dr. Ellen Ueberschär, hob die Bedeutung des Kirchentags für den religiösen Dialog hervor. Einen Schwerpunkt bilde das Gespräch mit den Muslimen. Über die Rolle des Islam in Deutschland und Europa würden der bosnische Großmufti Mustafa Ceric und Bundespräsident Christian Wulff sprechen. Spannung verspreche der Dialog mit dem Hindu-Geistlichen Sri Sri Ravi Shankar. „Wir haben keine Scheu, Menschen mit anderen Glaubensüberzeugungen zu treffen“, bemerkte Göring-Eckhardt zur Bedeutung des Kirchentags für den religiösen Dialog. Auch den Konfessionslosen widme der Kirchentag seine Aufmerksamkeit.

Das gleichberechtigte Miteinander der Konfessionen, das im Vorjahr beim Zweiten Ökumenischen Kirchentag in München erlebt wurde, werde sich in Dresden auszahlen. „Ökumene ist alternativlos“, betonte Ueberschär. Freikirchliche, katholische und orthodoxe Gemeinden und Initiativen seien fester Bestandteil des Evangelischen Kirchentags.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten lädt während des Kirchentages am 3. Juni um 18.30 Uhr zu einer Abendmahlsfeier in das Gemeindezentrum Dresden West, Poststraße 13 ein. Auf der Open-Air-Bühne im Sportpark Ostra wird am 4. Juni ab 11 Uhr das Seminar für Populärmusik der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg vorgestellt, das seit 1993 im mehrjährigen Turnus christlichen Populärmusikern eine Werkstatt bietet. Aus dem Kreis der Seminarteilnehmer spielt die Band Lysander aus Sachsen-Anhalt.

Beim „Markt der Möglichkeiten“ informiert die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland auf dem Volksfestgelände im Themenbereich „Welt und Umwelt“ (Zelt V6B 07) über ihre Arbeit. Das adventistische Medienzentrum „Hope Channel – Stimme der Hoffnung“ ist in der Medienmeile auf dem Messegelände dabei (Zelt M2, Stand 10). (2.659 Zeichen)

Freikirchen für Ausstieg aus der Atomkraft

Frankfurt/Main, Ostfildern bei Stuttgart, 26.04.2011/APD Auch in Deutschland sei ein Unfall oder Sabotageakt in einem Atomkraftwerk keine Frage der Möglichkeit, sondern nur eine Frage der Zeit. Diese Sorge brachte die Vorsitzende der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), die evangelisch-methodistische Bischöfin Rosemarie Wenner (Frankfurt am Main), aufgrund des Erdbebens in Japan und der Havarie des Atomkraftwerks Fukushima in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Ausdruck.

Die Freikirchen forderten die Regierungschefin auf, „ein sogenanntes ‚Restrisiko‘ nicht länger in Kauf zu nehmen, alle schon abgeschalteten Atommeiler nicht wieder ans Netz zu schließen und für die restlichen Atomkraftwerke alle Möglichkeiten zu einem schnellstmöglichen Ausstieg zu prüfen und zu nutzen.“ Bischöfin Wenner wies darauf hin, dass der nach jüdisch-christlichem Menschenbild gültige Auftrag, die Erde zu beherrschen, auch „das demütige Anerkennen menschlicher Grenzen“ einschließe.

Neben der Bereitschaft, den eigenen Lebensstil zu ändern und die Kirchengemeinden zu ermutigen, aus diesen Geschehnissen Konsequenzen zu ziehen, sichern die Vertreter der VEF der Bundeskanzlerin ihre volle Unterstützung zu, „in Verantwortung vor Gott und den Menschen die Position zur Energiepolitik grundlegend zu überprüfen“.

Dazu gehöre auch, „deutschlandweit nach vorher festgelegten Sicherheitskriterien nach einem Endlager für radioaktiven Müll zu suchen, um den größtmöglichen Schutz vor Verstrahlung zu erhalten, sowie den ökologisch und ethisch sinnvollen Ausbau regenerativer Energien mit aller Kraft zu unterstützen“.

Auch der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), hatte in einer Stellungnahme nach der Naturkatastrophe in Japan betont, dass es gelte, die Grenzen der Machbarkeit zu erkennen und mit Gottes Schöpfung verantwortlich umzugehen. Es stelle sich auch in Deutschland die Frage, „ob wir um des Wohlstandes willen jegliches Risiko eingehen wollen“? Das gelte insbesondere für die Atomenergie. „Wir müssen in Deutschland über die Laufzeiten unserer Kernkraftwerke reden und erneut Entscheidungen treffen.“ Aber auch jeder Einzelne trage Verantwortung für den Umgang mit der Schöpfung und könne daher seinen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten, hob der Freikirchenleiter hervor.

(2.100 Zeichen)

Präses Ansgar Hörsting neuer Präsident der VEF

Kassel, 26.04.2011/APD Ansgar Hörsting (45), Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Witten, ist von der am 12. April in Kassel tagenden Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er tritt zum 1. Juli die Nachfolge der Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche, Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), an, die künftig als stellvertretende Präsidentin der VEF amtiert.

Ansgar Hörsting, Jahrgang 1965, hat nach einer Ausbildung zum Altenpfleger Theologie am Seminar des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Ewersbach studiert. Von 1993 bis 1997 war er Pastor in der Freien evangelischen Gemeinde Siegen-Geisweid und von 1998 bis 2007 Missionssekretär beziehungsweise Leiter der Allianz-Mission. Seit 2008 ist er Präses des Bundes und Mitglied im Vorstand der VEF. Hörsting, der mit Ehefrau Susanne verheiratet ist, gehört auch dem Hauptvorstand der Evangelischen Allianz in Deutschland an.

Den neuen Vorstand der VEF bilden für die nächsten drei Jahre außer dem Präsidenten und seiner Stellvertreterin Günter Karcher (Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden), Friedrich Schneider (Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden) und Ekkehart Vetter (Mühlheimer Verband Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden).

Während der Mitgliederversammlung in Kassel diskutierten die 23 Delegierten der Freikirchen auch über die Integration von Migranten in den Ortsgemeinden, Kirchen

und Bünden. Dabei sei deutlich geworden, so Bischöfin Wenner, dass innerhalb der VEF ein hohes Potential an Knowhow im Umgang mit Migranten vorhanden sei. Fast alle Freikirchen hätten langjährige und positive Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Den Schwerpunkt bildeten dabei Migranten aus afrikanischen Ländern sowie aus der früheren Sowjetunion. Die Form und Intensität der Integration sei unterschiedlich. Sie reiche von der Integration in bestehende Gemeinden bis zur Bildung eigenständiger Migrantengemeinden. Den höchsten Anteil an Migranten habe der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden, in dem 35 Prozent aller Gemeinden Migrantengemeinden seien. Zur Aus- und Weiterbildung von Migrantepastoren gebe es in einigen Freikirchen eigenständige pastorale Integrationskonzepte. Die Mitgliederversammlung habe vereinbart, den Austausch der Freikirchen untereinander über die Arbeit mit Migranten zu fördern und ihre Erfahrungen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Der 1926 gegründeten Vereinigung Evangelischer Freikirchen gehören zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen an. (2.263 Zeichen)

Die Freikirchen in der Weimarer Republik

Frühjahrstagung des Vereins für Freikirchenforschung

Büsingener bei Schaffhausen/Schweiz, 26.04.2011/APD „Die Freikirchen in den Umbrüchen der Weimarer Republik“ lautete das Thema des Frühjahrssymposiums des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) vom 1. bis 2. April in Büsingen am Hochrhein. Der Volkswirt Dr. Lothar Weiß (Frechen bei Köln) befasste sich mit dem Staatskirchenrecht der Weimarer Reichsverfassung (WRV). Das Bündnis von Thron und Altar sei zwar nach dem Ersten Weltkrieg zu Ende gegangen, dennoch hätten die evangelische und die römisch-katholische Kirche ihre bisherigen Rechte behalten wollen. Weiß sprach deshalb von einer „hinkenden Trennung von Kirche und Staat“. Die alten Rechte der Kirchen seien anerkannt worden, doch wäre durch die Verleihung von Körperschaftsrechten auch an neue Religionsgemeinschaften eine rechtliche Gleichstellung erfolgt.

Zum „Streit um die Rechtsform der protestantischen Landeskirchen 1918/19 im Spiegel der baptistischen Zeitschriftenpresse“ äußerte sich Jonathan Scheer, Student am Theologischen Seminar (Fachhochschule) des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Elstal bei Berlin. Nach dem Ersten Weltkrieg hätten die Baptisten zwar die Demokratisierung samt Religions- und Pressefreiheit begrüßt, doch sie wollten unpolitisch sein. Politik sei Privatsache und interessiere sie nicht. Die Trennung von Kirche und Staat sei zwar begrüßt worden, doch es wäre den Baptisten weniger um die Abschaffung der Staatskirchen gegangen, sondern um rechtliche Gleichstellung mit

ihnen. Die Sozialdemokratie, die sich primär gegen das Staatskirchentum gestellt habe, aber nicht gegen die Freikirchen, sei wegen Bekämpfung religiöser Werte abgelehnt worden.

Der Historiker Dr. Gunter Stemmler (Frankfurt/Main) bezeichnete das Wirken der Bischöflichen Methodistenkirche in der Weimarer Republik als „Erfolgsgeschichte ohne Happy End“. Zwar sei die Mitgliederzahl von 22.000 im Jahr 1919 auf knapp 34.000 im Jahr 1932 gestiegen, doch es wäre den Methodisten nicht gelungen, mit ihrer Botschaft Einfluss auf das Leben der Bevölkerung in Deutschland zu nehmen. Die konservativ ausgerichtete Freikirche habe als Sekte und „ausländisches Gewächs“ gegolten, da sie aus den USA und Großbritannien stamme.

Mit ihrem Großvater Friedrich Heitmüller (1888-1965) und seiner Auseinandersetzung mit Kirche und Staat in der Weimarer Republik befasste sich die freie Journalistin Ulrike Heitmüller (Berlin). Friedrich Heitmüller leitete in Hamburg die „Gemeinde am Holstenwall“, die zum Gnadauer Verband innerhalb der evangelischen Kirche gehörte. Ihr waren das Diakonissenhaus „Elim“ und seit 1927 ein Krankenhaus angeschlossen. 1934 kam es jedoch zur Trennung mit dem Gnadauer Verband, und die Gemeinde wurde 1937 in den Bund Freier evangelischer Gemeinden (BFeG) aufgenommen. Noch 1932 sei ihr Großvater ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus gewesen, betonte Ulrike Heitmüller. Obwohl er auch später religiöse Anschauungen der NSDAP kritisiert habe, wäre er dann doch zum Befürworter der NS-Bewegung geworden und hätte rassistische und antisemitische Positionen vertreten.

Auf die Freien evangelischen Gemeinden (FeG) in der Weimarer Republik ging der Pastor der FeG-Gemeinde Brühl bei Köln, Jens Mankel, ein. Auch diese Freikirche verzeichnete von 1919 bis 1930 ein Mitgliederwachstum von 9.000 auf 12.800. Zur Erlangung der Körperschaftsrechte habe eine eigene Verfassung verabschiedet werden müssen, sodass es Meinungsverschiedenheiten beim Thema Kirche und Staat gegeben habe. Zu Auseinandersetzungen sei es mit den evangelischen Landeskirchen wegen der kirchlichen Friedhöfe gekommen, auf denen es freikirchlichen Predigern nicht gestattet gewesen wäre, Grabreden zu halten. Obwohl die FeG an dem Bibelwort des Apostel Paulus in Römer Kapitel 13 festhielt, dass jede Obrigkeit von Gott kommt, sei die Demokratie als „christusfeindlich“ angesehen worden. Diese Spannungen, zu denen noch apokalyptisches Denken gekommen wäre, hätten nicht aufgelöst werden können.

Pastor i.R. Karl Heinz Voigt (Bremen) ging auf die große Krise der 1926 in Leipzig gegründeten Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) ein. Zu ihr gehörten damals der Bund der Baptistengemeinden in Deutschland, die Freien evangelischen Ge-

meinden (FeG), die Evangelische Gemeinschaft und die Bischöfliche Methodistenkirche. Der Staat und die evangelische Kirche hatten mit der VEF jetzt ein gemeinsames Gegenüber, doch die Kontakte, die sich daraus ergaben, führten die VEF 1929 bis 1932 in eine Krise. Der Methodist Theophil Mann vertrat die VEF unter anderem in der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung sowie in der Bewegung für Praktisches Christentum, die Vorläuferorganisationen des Ökumenischen Rates der Kirchen waren. Die FeG und die Baptisten äußerten 1929 Bedenken, ob eine Zusammenarbeit in diesen und anderen Gremien mit liberalen Theologen möglich sei. Die Spannungen hätten sich 1932 zugespitzt, da es in beiden Freikirchen Überlegungen gegeben habe, die VEF zu verlassen. Gelöst sei das Problem damals nicht worden, so Voigt. Doch die Spannungen hätten sich 1933/34 aufgelöst, als die NS-Machthaber eine Deutsche Reichskirche propagierten, durch die auch die Freikirchen in ihrer Eigenständigkeit bedroht gewesen wären.

Ueli Frei, Pastor der Evangelisch-methodistischen Kirche in Chur/Schweiz, legte einen Forschungsbericht zur Methodistenkirche in Bulgarien zwischen Duldung und Verfolgung vor. Er spannte den Bogen vom Jahr 1857 mit der Aussendung der ersten methodistischen Missionare aus den USA bis zum Ende der kommunistischen Ära in Bulgarien 1989.

Die Kirchenhistorikerin Dr. Gisa Bauer (Leipzig) befasste sich mit der zeitgenössischen landeskirchlichen Sicht zu den Freikirchen während der Weimarer Republik. Die Freikirchen seien von den Landeskirchen als Sekten angesehen worden. Als die Freikirchen Körperschaftsrechte beantragten, hätten die staatlichen Ministerien der deutschen Länder die Landeskirchen um Stellungnahmen gebeten. Doch eine Definition des Begriffes „Freikirche“ hätte es weder bei den Landeskirchen noch bei den Freikirchen gegeben. Der größte Vorbehalt der Landeskirchen sei die Mission der Freikirchen unter evangelischen Kirchenchristen gewesen.

Die Frühjahrstagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) schloss mit dem Referat von Pfarrer Dr. Walter Fleischmann-Bisten, dem Freikirchlichen Referenten des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim, zum Thema „Die Rezeption der Theologie Karl Barths in den Freikirchen“. Er kam zu dem Schluss, dass sich die Freikirchen in der Weimarer Zeit bis auf wenige Ausnahmen nicht für den Schweizer evangelisch-reformierten Theologen Karl Barth (1886-1968) interessiert hätten. Die Freikirchen seien damals vor allem mit Rechtsfragen und ihrer erfolgreichen Mission befasst gewesen. „Die Nichtbeachtung Barths hatte zur Konsequenz, dass die Freikirchen schlecht gerüstet in die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gegangen sind“, so Fleischmann-Bisten. Aber auch Barth habe die Freikirchen nicht richtig verstanden und ihre Mitarbeit in der Bekennenden Kirche mit der Begründung

abgelehnt, sie hätten kein reformatorisches Bekenntnis. Die in Büsingen gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2012 erscheinen soll.

(6.320 Zeichen)

WebFish in Gold geht nach Hessen

Hannover, 26.04.2011/APD Der goldene WebFish geht im Jahr 2011 an die Internet-Seiten www.triangelis.de der Evangelischen Kirchengemeinde in Eltville-Erbach-Kiedrich (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau). Den silbernen WebFish erhält die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche für ihre Internet-Präsenz www.nordelbien.de. Mit dem WebFish in Bronze wird das Diakonie-Portal www.evangelischeberatung.info ausgezeichnet.

Der Internet-Award „WebFish“ wird gemeinsam von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) getragen. Am Donnerstag, 2. Juni, übergibt der Jury-Vorsitzende, der badische Landesbischof und Mitglied des Rates der EKD, Dr. Ulrich Fischer, auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden die Preise an die Gewinner.

Die Jury überzeugte beim Gewinner des mit 1.500 Euro dotierten goldenen WebFish das Konzept, wie die Kirchengemeinde mit Hilfe des Internetangebots die Gemeindeentwicklung betreibt und so eine Vernetzung zwischen Online-Aktivitäten und Gemeindeleben schafft.

Die Internetseite der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche hat die Jury unter anderem mit ihrer Bildsprache beeindruckt. Der mit 1.000 Euro dotierte silberne Webfish zeichnet ein Angebot aus, das nicht nur Informationen über die Landeskirche, sondern auch Antworten zu Glaubensfragen bietet.

Der mit 500 Euro dotierte WebFish in Bronze würdigt das Diakonie-Beratungsportal. Dort finden Interessierte bundesweit Beratungsstellen in ihrer Nähe. Darüber hinaus bietet das Portal ein Online-System zur vertraulichen Beratung und Seelsorge über das Internet. Diese Kombination überzeugte die Jury.

Den WebFish-Förderpreis erhält www.kindergebete.de. Die Jury lobt damit das private Engagement für eine alltägliche Glaubenspraxis. Das Angebot enthält Gebete in leicht einprägsamer Reimform und „Klassiker“, wie Luthers Abend- und Morgensegen oder Psalm 23. Der Förderpreis ist mit 500 Euro dotiert und wird von der Evangelischen Kreditgenossenschaft Kassel gestiftet.

(1.812 Zeichen)

International

1,3 Millionen Dollar Forschungszuschuss zur Multiple Sklerose Früherkennung

Loma Linda, Kalifornien/USA, 26.04.2011/APD Das staatlich amerikanische Gesundheitsinstitut zur Erforschung der Multiple Sklerose Krankheit hat der adventistischen Loma Linda University (LLU) in Südkalifornien/USA einen Zuschuss von 1,3 Millionen US-Dollar (930.000 Euro) zur Erforschung der Früherkennung von Multiple Sklerose (MS) bewilligt.

„Behandlungen von MS haben sich vor allem auf die Unterdrückung des Auftretens von Entzündungen konzentriert und weniger auf den Schutz des wichtigeren neuronalen Systems“, sagte Shu-Wei Sun, Assistenz-Professor in Biophysik und Bioengineering an der School of Science and Technology an der LLU und führender Forscher des MS-Früherkennungsprojekts.

Die Forscher der Loma Linda University planten unter Anwendung modernster Technik die Entwicklung neuer Verfahren, um Multiple Sklerose früher und zuverlässiger diagnostizieren zu können, und zwar bevor die Patienten schwere Symptome und in deren Folge dauerhafte Schädigungen des Nervensystems erlitten, teilte die Universität mit.

In den USA wird jährlich bei 10.400 Personen Multiple Sklerose diagnostiziert. Laut Angaben der Schweizerischen und der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft gebe es in der Schweiz 365 und in Deutschland 2.500 neue Fälle pro Jahr. In der Schweiz leben 10.000 und in Deutschland 122.000 MS-Patienten. Multiple Sklerose ist eine chronische, fortschreitende, entzündliche Erkrankung, die das zentrale Nervensystem (Gehirn und Rückenmark) angreift und von Gefühllosigkeit der Gliedmassen bis in schweren Fällen zu Lähmungen oder zum Verlust des Sehvermögens führen kann.

Das 1905 von den Siebenten-Tags-Adventisten gegründete Sanatorium mit Krankenpflegeschule wurde 1913 zum Krankenhaus und angeschlossenem College ausgebaut. An der Loma Linda University lehren heute 1.705 Professoren und Dozenten. Mehr als 4.200 Studenten aus über 80 Ländern haben Studiengänge in Human- und Zahnmedizin, Pharmazie, Gesundheitswissenschaften, Krankenpflege, Psychologie, Sozialwesen, Naturwissenschaften und Theologie belegt. (1.845 Zeichen)

Studie der Loma Linda Universität: Vegetarier leben gesünder

Lüneburg, 26.04.2011/APD Vegetarier erkranken seltener an einem metabolischen Syndrom als Nichtvegetarier. Zu diesem Ergebnis kommt die zweite „Adventist Health

Study“, die seit 2002 vom Fachbereich „Public Health“ (Gesundheitswesen) der Loma Linda Universität der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Südkalifornien/USA durchgeführt wird. Die Auswertung wurde laut Online-Dienst der Gemeindezeitschrift „adventisten heute“ im Fachjournal „Diabetes Care“ (2011, 10.2337/dc10-1221) veröffentlicht und in den Online-Ausgaben vom „Deutschen Ärzteblatt“ (14.4.) und dem „Focus“-Magazin (15.4.) kommentiert.

Das metabolische Syndrom ist hauptsächlich ein Krankheitsbild der Industriestaaten und entwickelt sich aus einem westlichen Lebensstil, charakterisiert durch zu kalorienreiche Ernährung und einen Mangel an körperlicher Bewegung. Es gilt als der entscheidende Risikofaktor für koronare Herzkrankheiten. Die vier Faktoren des sogenannten „tödlichen Quartetts“ sind Übergewicht, Bluthochdruck, veränderte Blutfettwerte und Insulinresistenz. Wie die Studie der Loma Linda Universität zeigt, haben Vegetarier ein um 36 Prozent geringeres Risiko als Nichtvegetarier, ein metabolisches Syndrom zu entwickeln.

An der Studie nahmen 773 Erwachsene mit einem Durchschnittsalter von 60 Jahren teil, die nach dem Zufallsprinzip aus 100.000 Siebenten-Tags-Adventisten in den USA und Kanada ausgewählt wurden. Diese hatten bereits an der ersten „Loma Linda University's Adventist Health Study“, einer Langzeitstudie, die Daten zu Gesundheit und Lebensstil von dortigen Adventisten erfasste, teilgenommen. Sie ergab, dass die von vielen Adventisten praktizierte gesunde Ernährung und Lebensweise einschließlich des Verzichts auf Rauchen und Alkoholgenuss zu einer um mehrere Jahre höheren Lebenserwartung im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung führt.

35 Prozent der 773 für die zweite Studie ausgewählten Personen waren Vegetarier. 25 Prozent von ihnen hatten das metabolische Syndrom. Bei den Halbvegetariern, die ab und zu Fisch oder Fleisch aßen, waren es 37 Prozent, bei den Fleischessern 39 Prozent.

Im Schnitt waren die Vegetarier und Halb-Vegetarier drei Jahre älter als die Nicht-Vegetarier. Trotz ihres leicht höheren Alters hatten sie einen niedrigeren Cholesterinspiegel, bessere Blutzucker- und Blutdruckwerte sowie einen geringeren Hüftumfang und Body-Maß-Index (BMI). Halb-Vegetarier hatten einen deutlich niedrigeren BMI und Hüftumfang, verglichen mit denjenigen, die regelmäßig Fleisch aßen.

„Die Studie zeigt erneut, dass sich die Ernährung positiv auf viele der wichtigsten kardiovaskulären Risikofaktoren auswirkt, die zum metabolischen Syndrom gehören“, betonte Dr. med. Gary Fraser, Hauptforscher der „Adventist Health Study 2“. „Der Trend hin zur pflanzlichen Ernährung ist eine sehr vernünftige Entscheidung.“ Laut

Dr. Fraser hätten nach Berücksichtigung der Unterschiede durch Alter, Geschlecht, Ethnie, körperliche Bewegung und Kalorienzufuhr Vegetarier ein um 56 Prozent vermindertes Risiko hinsichtlich der Stoffwechselstörung, die häufig der Vorläufer des Typ-2-Diabetes mellitus ist. (2.770 Zeichen)

Aus für Sonntags-Postzustellung in „Adventistenstadt“ Loma Linda

Loma Linda, Kalifornien/USA, 26.04.2011/APD Um Kosten zu sparen, haben am 23. April die Briefträger der Stadt Loma Linda, Südkalifornien/USA, nach 81 Jahren das erste Mal am Samstag und nicht mehr wie bisher am Sonntag, die Post verteilt, teilte die Tageszeitung „The Press-Enterprise“ mit. In den 8.000 Heimen der „Adventistenstadt“ hätte bis vor Kurzem eine adventistische Mehrheit gelebt, die am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhe- und Gottesdiensttag, keine Postzustellung gewünscht habe.

Laut dem Zeitungsbericht gebe es in den USA nur noch in Angwin, Nordkalifornien, und in Collegedale, Tennessee, Sonntagspostzustellung, die weitergeführt werde. Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten habe dort der US-Post Räumlichkeiten mit der Auflage vermietet, dass am Samstag keine Post verteilt werde.

Die Samstags-Postzustellung stelle für ein Gemeinwesen, das seit mehr als hundert Jahren nach adventistischen Werten gelebt habe, einen herben Schlag dar, schreibt die Zeitung. Einige Restaurants in Loma Linda böten aus Rücksicht auf die Adventisten nur vegetarische Mahlzeiten sowie keine hochprozentigen alkoholischen Getränke an, und das Jugend-Baseballteam absolviere keine Wettkämpfe am Samstag. Die beiden größten adventistischen Kirchen der 21.600-Einwohner-Stadt zählten 11.000 Mitglieder aus der Stadt und der Umgebung. Zudem hätten die Adventisten dort ethnische Kirchen mit chinesischem, rumänischem und philippinischem Hintergrund.

1905 gründeten die Siebenten-Tags-Adventisten in Loma Linda ein Sanatorium mit Krankenpflegeschule, welche 1913 zum Krankenhaus und angeschlossenem College ausgebaut wurden. Heute unterhält die Freikirche dort Universitätskliniken einschließlich eines Kinderkrankenhauses. An der adventistischen Loma Linda Universität mit den Fachbereichen Medizin, Zahnheilkunde, Pharmazie, Gesundheitswesen, Krankenpflege, Gesundheitsberufe, Naturwissenschaft und Technik sowie Religion sind mehr als 4.200 Studenten und Studentinnen aus über 80 Ländern eingeschrieben.

(1.827 Zeichen)

Adventistische Kirche auf Seminargelände in Kuba eingeweiht

Silver Spring, Maryland/USA, 26.04.2011/APD Ende März wurde eine durch die Freiwilligenorganisation „Maranatha International“ finanzierte und errichtete Kirche mit

336 Sitzplätzen auf dem Gelände des adventistischen Seminars in Santiago de las Vegas, nahe der kubanischen Hauptstadt Havanna, eingeweiht. Das Gebäude werde während der Woche auch von Studenten, Kirchenmitgliedern aus der Umgebung und Kleingruppen sowie für Seminare genutzt, teilte Adventist News Network (ANN) mit.

Die neue Kirche sei ein „augenfälliges Beispiel“ für die zunehmende Religionsfreiheit in ihrem Land, betonte Caridad Diego, Vorsitzende für religiöse Angelegenheiten in Kuba, in ihrem Grußwort während der Einweihungsfeier. „Das Wirken der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat auf unser Gemeinwesen einen positiven Einfluss gehabt“, so Diego. „Das Gebäude und das theologische Seminar werden zum Aufbau der Gesellschaft beitragen.“

„Das Leben stellt die Menschen hier oft vor Herausforderungen“, sagte Don Noble, Präsident von „Maranatha International“. „Wenn sie jedoch spüren, dass sie von der adventistischen Weltkirche nicht im Stich gelassen werden, sondern ein Gemeindezentrum für Gottesdienst und andere Veranstaltungen erhalten, erfüllt sie dies mit Hoffnung und gibt ihnen Mut.“

Die adventistische Freiwilligenorganisation habe vor zehn Jahren die Gebäude des 1996 gegründeten Seminars aufgebaut und vor drei Jahren mit der Errichtung der Kirche begonnen. Der Bau hätte sich wegen einem langwierigen Bewilligungsverfahren und mangelnden Spenden verzögert, so ANN.

Die meisten Pastoren der 294 adventistischen Kirchengemeinden und 154 Gruppen Kubas haben ihr Theologiestudium am 1996 gegründeten Seminario Adventista de Cuba absolviert. 1994 lebten in Kuba 13.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten. Ende März 2011 waren es über 31.000. (1.654 Zeichen)

Mitgliedsorganisationen von „Aktion Deutschland Hilft“ weiterhin in Haiti aktiv

Bonn, 26.04.2011/APD Die „Aktion Deutschland Hilft“ (ADH) sei weiterhin mit zwölf Mitgliedsorganisationen in Haiti vertreten, welche die Haitianer beim Neuanfang unterstützten. Darauf wies ADH-Pressesprecherin Maria Rüther (Bonn) hin. Beispielsweise habe die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in Petit-Goâve, etwa 60 Kilometer westlich der Hauptstadt Port-au-Prince, 1.270 Übergangshäuser in Zusammenarbeit mit den künftigen Bewohnern fertiggestellt. Während des Häuserbaus seien die Mitarbeiter zu Maurern, Schreibern, Elektrikern oder Sanitäranlagenbauern ausgebildet worden. Dadurch könnten sie beim Wiederaufbau ihres vom Erdbeben zerstörten Landes mitwirken und hätten Verdienstmöglichkeiten.

Die von ADRA und Malteser International in Kooperation mit „arche noVa“ in Petit-Goâve installierten Trinkwasseraufbereitungsanlagen entwickelten sich, so Maria Rüther, zur ungewollten Dauerlösung, da auch nach einem Jahr die zerstörte Wasserleitung noch nicht repariert worden sei. Voraussichtlich werde das erst 2012 geschehen. Die Malteser konzentrierten sich in Haiti auf die Sicherung der Basisgesundheitsversorgung mit Schwerpunkt Mutter-Kind-Gesundheit, Verbesserung des Ernährungsstatus im Distrikt Léogâne, den Wiederaufbau von Schulen und die Cholera-Prävention.

Das Hilfswerk CARE schule und begleite traditionelle Geburtshelferinnen, um die hohe Müttersterblichkeit zu senken. Außerdem werde die Bildung von Mütter- und Kinderclubs gefördert, um Hygiene-Aufklärung zu verbreiten und das Gemeinschaftsgefühl in den Camps zu stärken. Die Johanniter wollen ein Ambulanzsystem in Léogâne entlang der Route Nationale 2 einrichten. Dabei sollen zwei bis drei Gesundheitsstationen wieder aufgebaut und ausgestattet werden. Eine Orthopädiewerkstatt bestehe bereits; in dieser würden auch Orthopädietechniker ausgebildet.

Allerdings gebe es nach Aussage von Maria Rüther in Haiti auch „kräftezehrende Herausforderungen“. So habe es auf Angebote von „World Vision“, der Regierung bei der Reparatur des Trinkwassersystems im Elendsviertel Cité Soleil zu helfen, keine Rückmeldungen gegeben. Daraufhin hätte sich die Organisation nach einer Liste der Defekte erkundigt und die Bereitschaft erklärt, Material und gegebenenfalls auch Personal zu stellen, um die Regierung bei der dringend notwendigen Reparatur zu unterstützen. Die einzige Rückmeldung der zuständigen Behörde sei der Wunsch nach finanziellen Mitteln gewesen. „Eine Bedarfsliste oder ein Reparaturplan wurde nicht zur Verfügung gestellt, ebenso fehlte ein Finanzmittelplan, der diese Forderung gerechtfertigt hätte“, erläuterte Rüther.

Was Haiti nun brauche, seien Arbeitsplätze, massive Investitionen in Bildung und Infrastruktur, eine Landrechtsreform, eine solide Stadtplanung für Port-au-Prince und der Ausbau des Gesundheitssystems. Bei all dem würden die Hilfsorganisationen die Regierung weiterhin unterstützen. (2.617 Zeichen)

Medien

Erweiterung bei TV iPhone App vom „Hope Channel“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 26.04.2011/APD Durch die Erweiterung des „Hope Channel“ iPhone App können jetzt auch weitere fremdsprachige Fernsehkanäle neben

dem deutschen „Hope Channel“ aus der internationalen adventistischen Sendefamilie empfangen werden, nämlich „Esperanza TV“ (spanisch) und „Hope Church Channel“ (englisch).

Beim TV-iPhone App vom „Hope Channel“ ließen sich nunmehr einfach und bequem gleich fünf Kanäle per Livestream anschauen: „Hope Channel“ (englisch), „Esperanza TV“ (spanisch), „Hope Channel International“ (englisch), „Hope Channel Deutsch“ und „Hope Church Channel“ (englisch). Weitere Fernsehkanäle seien in Planung, teilte die Mitarbeiterin des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebentags-Adventisten, Birgit Kiepe (Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt), mit. Darüber hinaus wäre es möglich, zusätzlich Programmpläne der Fernsehkanäle „Hope Channel Europe“, „Hope Channel Norge“, „Hope Channel Bulgaria“ und „Speranta TV“ anzuschauen.

Der „Hope Channel“ sei der erste deutsche TV-Sender gewesen, der im vergangenen Jahr ein iPhone App veröffentlicht habe, so Birgit Kiepe. Es ist im App-Store unter <http://itunes.com/apps/hopechannel> erhältlich. „Hope Channel Deutsch“ bekam Anfang 2009 von der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) beziehungsweise der Kommission der Medienanstalten für Zulassung und Aufsicht (ZAK) die Lizenz, rund um die Uhr, 24 Stunden an sieben Tagen der Woche, Fernsehsendungen auszustrahlen. Das Programm ist über den Satelliten ASTRA, einige Kabelnetze sowie im Internet frei zu empfangen. (1.443 Zeichen)

Bibel

Schätze früher Buchdruckerkunst in Bibelgalerie Meersburg

Meersburg, 26.04.2011/APD Das vielleicht wertvollste gedruckte Buch der Welt und die erste gedruckte Bibel in deutscher Sprache sind noch bis zum 3. Juli in der Bibelgalerie Meersburg zu sehen. Die Sonderausstellung „Von Gutenberg bis Luther – die Faszination früher Bibeldrucke“ eröffnet in der Bibelgalerie eine dreiteilige Reihe mit Raritäten der Württembergischen Landesbibliothek (WLB) Stuttgart.

In der Ausstellung ist unter anderem die „Stuttgarter sechsenddreißigzeilige Bibel“ in lateinischer Sprache zu sehen, die vermutlich bis 1461 in Bamberg gedruckt wurde. Wegen ihrer Seltenheit handelt es sich um das vielleicht wertvollste gedruckte Buch der Welt. Zu den weiteren Schätzen der Ausstellung gehört die sogenannte Mentelin-Bibel, die erste gedruckte Bibel in deutscher Sprache. Der Gutenberg-Schüler Johannes Mentelin druckte sie 1466 in Straßburg. Die Textvorlage ist unbekannt, wurde aber wie alle deutschen Übersetzungen vor Martin Luther aus der lateinischen Vulgata übersetzt.

Die Reihe „Von Gutenberg bis Luther“ wird vom 3. Juli bis 20. August mit weiteren Bibelraritäten und einem „Blick in die Druck- und Übersetzungsgeschichte der Bibel“ fortgesetzt. Die originale 42-zeilige Gutenberg-Bibel von 1454 ist neben anderen Schätzen der WLB vom 20. August bis 9. Oktober in der Bibelgalerie Meersburg zu sehen. Weitere Informationen zu den Sonderausstellungen und zur Dauerausstellung gibt es im Internet unter www.bibelgalerie.de. (1.303 Zeichen)

Die Bibel auf Platz eins im sozialen Netzwerk Facebook

Stuttgart, 26.04.2011/APD Der kanadische Popsänger Justin Bieber und der Fußballverein Manchester United hatten das Nachsehen: „The Bible“ war Anfang April die Seite mit den meisten Aktivitäten im sozialen Netzwerk Facebook. Mit 905.125 Aktionen wies „The Bible“ in einer Woche rund 33.000 Beiträge oder Klicks mehr auf als die Seite des Teenie-Idols und 273.000 mehr als die Seite des europäischen Spitzenklubs, teilte die Deutsche Bibelgesellschaft in Stuttgart mit.

„Absolut unglaublich“ fand der Gründer der Facebook-Seite, Mark Brown, die Nachricht vom Top-Platz. Der Australier dankte allen, die dabei geholfen haben, und hofft auf weitere Fans für die Verbreitung der Bibel. Brown ist ehemaliger Generalsekretär der Bibelgesellschaft Neuseelands und verantwortet die Netzwerk-Seite gemeinsam mit dem Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies – UBS). Zur UBS zählen 146 nationale Bibelgesellschaften, darunter auch die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG). „The Bible“ hat inzwischen rund 6,7 Millionen Fans beim sozialen Netzwerk Facebook.

„Der Erfolg von ‚The Bible‘ zeigt, wie wichtig das Engagement für die Bibel in den sozialen Netzwerken des Internets ist“, betonte DBG-Generalsekretär Pfarrer Klaus Sturm. Die vielen Aktivitäten zeigten die hohe Identifikation der Nutzerinnen und Nutzer mit diesem Angebot. Für die Bibelgesellschaften sei es unverzichtbar, die Heilige Schrift in allen Medien zugänglich zu machen.

Die DBG ist mit einer eigenen Fan-Seite und einer Seite für die „BasisBibel“ im Facebook aktiv. „Der wachsende Zuspruch ermutigt uns“, sagte Generalsekretär Sturm. Vor kurzem hätte beim „BasisBibel“-Angebot der 2000. Fan begrüßt werden können. Die „BasisBibel“ richte sich als Übersetzung der Bibelgesellschaft an eine neue Generation, für welche die Aufnahme von Inhalten in den digitalen Medien bestimmend geworden sei. Die Übersetzung setze auf eine kurze, prägnante Sprache und weiterführende Angebote im Internet.

Die Deutsche Bibelgesellschaft ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart. „Übersetzung, Herstellung und Verbreitung der Bibel“ nennt die Satzung als Aufgaben. Darüber hinaus fördert sie die Bibelmission, das Bibellesen und die Kenntnis der Heiligen Schrift. Vorsitzender ist der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Dr. Johannes Friedrich. Bei der Deutschen Bibelgesellschaft erscheinen die Lutherbibel im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Gute Nachricht Bibel. Zu den mehr als 500 Titeln des Verlages zählen außerdem wissenschaftliche Ausgaben, Hörbibeln, elektronische Medien, fremdsprachige Ausgaben und Kinderbibeln. (2.342 Zeichen)

Zeitgeschehen

Vor 65 Jahren bewahrte der Ort Friedensau die politische Eigenständigkeit

Nach der Kapitulation 1945 empfanden viele das Ende der Naziherrschaft als eine Befreiung. Zwar stand das Nachkriegsdeutschland zunächst unter der Besetzung der vier Siegermächte, doch allgemein hoffte man, dass dennoch eine gewisse Einheit Deutschlands erhalten bliebe und wieder demokratische Ordnungen eingeführt werden würden. Im Potsdamer Abkommen hatten die Siegermächte verfügt: Es „wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden.“

Das war auch so vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland festgelegt worden. Die ersten Verordnungen und Gesetze der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) schienen diese grundlegenden Bestimmungen zu bestätigen. So durften bereits bald nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone unbehindert die wöchentlichen Gottesdienste abgehalten werden. Voraussetzung war jedoch, dass laut Anordnung der Militärregierung alle „religiösen Versammlungen“ bei den zuständigen Behörden mit Angabe von Ort und Zeit angemeldet wurden.

Im Juni 1945 erlaubte die SMAD die Gründung von Parteien. In der Verordnung hieß es: „Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben“. So wurden neben der KPD (Kommunistische Partei) die CDU, die SPD und die LDPD (Liberal-Demokratische Partei) zugelassen. Unter einem gewissen Druck der Besatzungsmacht entschlossen sie sich zur Gründung eines gemeinsamen „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block). Die Parteien sollten gemeinsam regieren, unterschiedliche Auffassungen in internen Aussprachen geklärt werden. Angesichts der überall herrschenden Not, die der Hitlerkrieg hinterlassen hatte, der Millionen Flüchtlinge, die aus den ehemaligen Ostgebieten aufzunehmen waren, mochte das auch eine gewisse Berechtigung haben. Im Gegensatz zu den Befürchtungen vieler wurde anfangs keine Alleinherrschaft der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone beansprucht. Formal bekannte sich auch die Besatzungsmacht zu einer demokratischen Gestaltung der Gesellschaft.

Friedensau, seit 1922 eine eigenständige politische Gemeinde östlich von Magdeburg, die hauptsächlich von Siebenten-Tags-Adventisten bewohnt wurde, gehörte in den Bereich der sowjetischen Besatzungszone. Nach Kriegsende hatte die Leitung der adventistischen Freikirche den parteilosen Otto Vogel als Gemeindevorsteher eingesetzt, nachdem Wilhelm Kirchner, der das Bürgermeisteramt seit 1942 innehatte, wegen Mitgliedschaft in der NSDAP ausscheiden musste. Vogel war zunächst Buchhalter in der Verwaltung der adventistischen Liegenschaften in Friedensau und seit 1941 deren Geschäftsführer.

Die neue politische Situation brachte für den Ort Friedensau einige Probleme mit sich. Noch vor der ersten Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt wurden im Januar 1946 alle Kommunalgemeinden angewiesen, eine „vorläufige Gemeindevertretung“ zu bilden, einen sogenannten Antifa-Ausschuss. Dieser sollte aus Mitgliedern der antifaschistischen Parteien gebildet werden. Wo konnte man nun in Friedensau Mitglieder dieser Parteien finden, damit die Eigenständigkeit der kommunalen Gemeinde erhalten blieb?

Der Leiter des dortigen adventistischen Altenheimes, Walter Schmidt, trat in die SPD ein. Unter den Personen, die während des Krieges in Friedensau Aufnahme gefunden hatten, fand sich einer, der inzwischen KPD-Mitglied geworden war, und ein anderer, welcher der SPD beitrug; einer war als Forstarbeiter, der andere als Heizer tätig. Beide gehörten nicht der Freikirche an.

Weiterhin erklärten sich noch zwei parteilose Friedensauer Adventisten zur Mitarbeit bereit. Das reichte aus, um die vorläufige Gemeindevertretung zu bilden; sie nahm gleichzeitig die Aufgaben des Antifa-Ausschusses wahr. Damit war die erste Hürde genommen, sodass Friedensau eine eigenständige Kommune bleiben konnte.

Genötigt durch die SMAD kam es im April 1946 zum Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Im Herbst fand die erste Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt statt – zugleich die erste in der gesamten sowjetischen Besatzungszone. Drei Friedensauer Bürger gehörten nun zur SED. Ergänzt durch zwei Parteilose, ließen sie sich als Kandidaten aufstellen und wurden von den wahlberechtigten Friedensauern in die Gemeindevertretung gewählt, der Otto Vogel nun als offiziell gewählter Bürgermeister vorstand. Die Freikirchenleitung war froh, damit nun auch die zweite Hürde für den Fortbestand der Eigenständigkeit Friedensaus überwunden zu haben.

Mit Beginn der neuen Kommunalperiode am 23. Februar 1949 gehörte jedoch kein Mitglied der SED mehr der Friedensauer Gemeindevertretung an. Aus den Unterlagen der Gemeindeverwaltung, die im Friedensauer „Historischen Archiv der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa“ vorliegen, ist nachweisbar, dass seit Gründung der DDR niemals ein SED-Mitglied dem Friedensauer Gemeindevorstand angehörte. Das blieb so bis zum Ende der DDR.

Im Zuge der Verwaltungsreform schlossen sich im Jahr 2002 die fast 500 Einwohner Friedensaus der Stadt Möckern an. Die im Kreis Jerichower Land gelegene Kleinstadt ist 948 erstmals urkundlich erwähnt. Die Ortschaft Friedensau wurde 1899 von den Siebenten-Tags-Adventisten zur Errichtung einer theologischen Ausbildungsstätte gegründet. Sie umfasst heute unter anderem die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit rund 160 Studierenden, ein Altenpflegeheim des Advent-Wohlfahrtswerkes (AWW) für 122 pflegebedürftige Menschen, 17 betreute Wohnungen und einen Zeltplatz für bis zu 1.000 Jugendliche.

Dr. Manfred Böttcher

(Hinweis der Redaktion: Dr. h. c. Manfred Böttcher war von 1969 bis 1982 Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR und von 1982 bis 1991 Rektor des Theologischen Seminars Friedensau.)

Buchrezension

Philipp Lehmann, „Marken-, Kennzeichen- und Namensrecht im Bereich der Religionsgemeinschaften“, Schriften zum Staatskirchenrecht, Bd. 50, hrsg. von Axel Frhr. von Campenhausen, Christoph Link und Jörg Winter, Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2010, kartoniert, 412 Seiten, 69,80 Euro, ISBN 978-3-631-60094-8.

Religionsgemeinschaften, vor allem die großen Kirchen, verfügen auch mit Blick auf ihre Werke und Einrichtungen über eine enorme Anzahl von Namen, Symbolen und sonstigen Zeichen, die immer öfter von unbefugten Dritten missbraucht oder gar okkupiert und so den Religionsgemeinschaften streitig gemacht werden. Vor diesem Hintergrund ging der Autor, Einserjurist in Göttingen und Rechtsanwalt in Braunschweig, das vielschichtige Problem im Rahmen seiner Dissertation akribisch an. Die

vorliegende Arbeit soll letztlich alle denkbaren Besonderheiten des Marken-, Kennzeichen- und Namensrechts im Bereich der Religionsgemeinschaften erfassen. Die Doktorarbeit enthält im Anhang eine Anlage, die dem Leser einen umfassenden Einblick in den Bestand der in Deutschland geschützten Marken aus dem Umfeld der Religionsgemeinschaften ermöglicht.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

„Tradition in den Kirchen – Bindung, Kritik, Erneuerung“, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau Nr. 89, hg. von Bernd Oberdorfer und Uwe Swarat, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/Main, kartoniert, 375 Seiten, 24,00 Euro, ISBN 978-3-87476-627-2.

Über 18 Autoren aus den Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) haben sich in der jüngsten Studie des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA) mit dem Thema Tradition, Beibehaltung und kritische Erneuerung intensiv aus ihrer jeweiligen konfessionellen Sicht beschäftigt und sind teilweise zu erstaunlichen Erkenntnissen gekommen. So wird die Tradition als vergegenwärtige Erinnerung an Gottes Heilshandeln angesehen. Dazu gehört auch das Traditionsverständnis der orientalischen Kirchen. Den tragenden Grund jeder christlichen Tradition bildet die schriftliche Erfassung der Offenbarung in der Bibel. Ein kritischer Umgang mit den Traditionen ist jedoch selbst den Orthodoxen nicht unbekannt.

Das Buch geht auf die Suche nach einer ökumenischen Hermeneutik als offener Aufgabe näher ein, da die Orthodoxie den Weg der Ökumene von ihren Anfängen, zumindest ab 1920 mitbegleitet und mitgestaltet hat. Eine Rezeption der bereits erzielten Erfolge ist der nächste große Schritt, und der schwierigste liegt immer noch vor der Orthodoxie: die Festlegung der Kriterien einer ökumenischen Hermeneutik. Die Arbeit beschäftigt sich nicht weniger mit den Formen römisch-katholischer Traditionskritik und vergisst auch nicht die Tradition im Verständnis der alt-katholischen Theologie aus der Sicht Ignaz von Döllingers zu behandeln. Für ihn bedeutete die Dogmatisierung von Universalprimat und Unfehlbarkeit des römischen Bischofs einen Bruch mit der altkirchlichen Tradition. Damit habe man das Fundament geändert, auf dem der Glaube der Kirche ruhe.

Traditionsbindung, -fortschreibung und -kritik im Protestantismus, aus (täuferisch-) mennonitischer, evangelisch-methodistischer und baptistischer Sicht sowie die Einstellung der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche bestimmen zahlreiche Kapitel der aufschlussreichen Standortbestimmung der Kirche Jesu Christi unterwegs zur Einheit. Ein größerer Teil des Buches enthält exegetische, historische und systematische Klärungen, zu denen Traditionsbildung, Traditionsbindung und Traditionskritik im Alten Testament, Traditionsverständnis und Traditionskritik im Neuen Testament, die apostolische Tradition und ihre Beziehung zum Neuen Testament, Tradition und Traditionskritik bei den Reformatoren sowie Kritik und Wertschätzung von Tradition in der zeitgenössischen Philosophie gehören. Die Studie endet mit dem Ausblick, dass ungeachtet aller Differenzen das trinitarisch entfaltete Christuszeugnis das wechselseitige Verstehen und die weitere ökumenische Verständigung zu fördern vermag.

Dr. Wolfgang Tulaszewski